

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeit (9. Ausschuss)

- a) zu dem Antrag der Abgeordneten Erich G. Fritz, Karl-Josef Laumann, Dagmar Wöhrl, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
- Drucksache 15/1008 -

Für ein höheres Liberalisierungsniveau beim Welthandel mit Dienstleistungen – GATS-Verhandlungen zügig voranbringen

- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Gudrun Kopp, Rainer Brüderle, Dirk Niebel, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
- Drucksache 15/1010 –

Internationale Rechtssicherheit und transparente Regeln für den Dienstleistungshandel: GATS-Verhandlungen voranbringen

A. Problem

- a) *Zu dem Antrag auf Drucksache 15/1008*

Liberalisierung des Welthandels mit Dienstleistungen als Ziel der GATS-Verhandlungen, Transparenz der Verhandlungen, keine generelle Öffnung der Arbeitsmärkte und keine dauerhafte Einwanderung.

- b) *Zu dem Antrag auf Drucksache 15/1010*

Institutionelle Reform der WTO, unter anderem Beiordnung einer Parlamentarischen Versammlung, Information der Ausschüsse des Bundestages über den Fortgang der GATS-Verhandlungen, Ausklammerung von Sozialstandards und der Daseinsvorsorge aus einem GATS-Abkommen, keine Obergrenzen für qualifizierte Dienstleistungserbringer.

B. Lösung

Ablehnung des Antrages auf Drucksache 15/1008 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

Ablehnung des Antrages auf Drucksache 15/1010 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

elektronische Vorab-Fassung*

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag - Drucksache 15/1008 - abzulehnen,
- b) den Antrag - Drucksache 15/1010 - abzulehnen.

Berlin, den 28. April 2004

Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit

Dr. Rainer Wend
Vorsitzender

Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk
Berichterstatterin

elektronische Vorab-Fassung*

Bericht der Abgeordneten Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk

I. Überweisung

Der Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 15/1008 und der Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 15/1010 wurden in der 56. Sitzung des Deutschen Bundestages am 3. Juli 2003 an den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit zur federführenden Beratung und an den Auswärtigen Ausschuss, den Innenausschuss, den Rechtsausschuss, den Finanzausschuss, den Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, den Ausschuss für Tourismus, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und den Ausschuss für Kultur und Medien zur Mitberatung überwiesen.

II. Voten der mitberatenden Ausschüsse

a) Antrag auf Drucksache 15/1008

Der Auswärtige Ausschuss (37. Sitzung am 28. April 2004), der Innenausschuss (36. Sitzung am 28. April 2004), der Rechtsausschuss (45. Sitzung am 28. April 2004), der Finanzausschuss (55. Sitzung am 28. April 2004), der Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (19. Sitzung am 24. September 2003), der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (43. Sitzung am 28. April 2004), der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (36. Sitzung am 28. April 2004), der Ausschuss für Tourismus (22. Sitzung am 24. September 2003), der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union (29. Sitzung am 15. Oktober 2003) und der Ausschuss für Kultur und Medien (25. Sitzung am 10. Dezember 2003) haben den Antrag beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung hat den Antrag in seiner 19. Sitzung am 22. Oktober 2003 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

b) Antrag auf Drucksache 15/1010

Der Innenausschuss (36. Sitzung am 28. April 2004), der Rechtsausschuss (45. Sitzung am 28. April 2004), der Finanzausschuss (55. Sitzung am 28. April 2004), der Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (19. Sitzung am 24. September 2003), der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (43. Sitzung am 28. April 2004), der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (36. Sitzung am 28. April 2004), der Ausschuss für Tourismus (22. Sitzung am 24. September 2003), der Ausschuss für die

Angelegenheiten der Europäischen Union (29. Sitzung am 15. Oktober 2003) und der Ausschuss für Kultur und Medien (25. Sitzung am 10. Dezember 2003) haben den Antrag beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung hat den Antrag in seiner 19. Sitzung am 22. Oktober 2003 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU empfohlen, den Antrag abzulehnen..

Der Auswärtige Ausschuss hat kein Votum abgegeben.

III. Wesentlicher Inhalt des Antrages

a) Antrag auf Drucksache 15/1008

Die Bundesregierung wird in dem Antrag aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Verhandlungen nicht durch den von der Regierungskoalition beschlossenen Parlamentsvorbehalt verzögert werden. Eine Verzögerung hätte nach Meinung der CDU/CSU gravierende Konsequenzen mit Nachteilen für Deutschland. Gleichzeitig sei darauf hinzuwirken, dass ein höheres Liberalisierungsniveau erreicht wird, um die Exportmöglichkeiten der deutschen und europäischen Dienstleistungsindustrie zu verbessern. Interessen der Entwicklungsländer seien angemessen zu berücksichtigen, um so die Liberalisierung in diesen Ländern zu unterstützen. Der Öffentlichkeit gegenüber sei deutlich zu machen, dass die Befürchtungen über nachteilige Auswirkungen auf die Innenpolitik der Nationen und auf die öffentliche Daseinsvorsorge sowie Befürchtungen über Einschränkungen der nationalen Gesetzgebungskompetenzen falsch und unbegründet sind. Ferner müsse die Regierung dafür sorgen, dass durch GATS keine generelle Öffnung der Arbeitsmärkte und keine dauerhafte Einwanderung stattfinde, sondern zeitlich begrenzte Aufenthalte vor allem hoch qualifizierter Fach- und Führungskräfte aus dem Ausland angestrebt würden.

b) Antrag auf Drucksache 15/1010

Die FDP tritt in ihrem Antrag unter anderem für eine bessere Einbindung der Parlamente ein, etwa in Form einer parlamentarischen Versammlung bei der WTO. Sie widerspricht allen Versuchen, Sozialstandards oder Arbeitsnormen in das GATS-Vertragswerk zu integrieren. Die Daseinsvorsorge sollte nicht auf viele Sektoren ausgedehnt werden, um sie so dem Geltungsbereich der GATS-Regeln entziehen zu können. Verzichtet werden sollte zudem auf wirtschaftliche Bedarfsprüfungen, Arbeitsmarkttests oder Obergrenzen für hoch qualifizierte Dienstleistungserbringer, weil die Arbeitsmarktnachfrage gerade bei Hochqualifizierten nur schwer vorausgesagt werden könne und weil der befristete Zugang hoch qualifizierter Personen eher zusätzliche Arbeitsplätze schaffen

würde.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksachen 15/1008 und 15/1010 verwiesen.

IV. Beratung und Abstimmungsergebnis im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit hat die Anträge in seiner 58. Sitzung am 28. April 2004 beraten und abgeschlossen.

Der Ausschuss hat mit der Mehrheit der Stimmen der

Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP beschlossen, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrages auf Drucksache 15/1008 zu empfehlen.

Der Ausschuss hat mit der Mehrheit der Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und der FDP beschlossen, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrages auf Drucksache 15/1010 zu empfehlen.

Berlin, den 26. April 2004

Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk
Berichterstatlerin

elektronische Vorab-Fassung*